

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 12 (1932-1933)
Heft: 5

Artikel: Amsterdam und der Mythos des revolutionären Krieges
Autor: Nenni, Pietro
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-331477>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Amsterdam und der Mythos des revolutionären Krieges

Von Pietro Nenni.

Der von Barbusse und Romain Rolland einberufene und von dem deutschen Kommunisten und Spezialisten für die »Einheitsfront von unten« Willy Münzenberg organisierte und geleitete Amsterdamer Kongreß hat eine große Verschwendung von Druckerschwärze veranlaßt.

Und doch ist seine Bedeutung nicht größer als jene der vorhergehenden kommunistischen Kongresse gegen Imperialismus und Faschismus. Abgesehen von der Wichtigkeit der aufgeworfenen Probleme und von dem guten Glauben mancher ihrer Teilnehmer, sind alle diese Kundgebungen gegenstandslos, und zwar wegen ihrer Organisationsmängel, die unser Genosse Fr. Adler in seinen Verhandlungen mit Barbusse und Romain Rolland vergeblich auszubessern suchte.

Welche sind nun diese Organisationsmängel, die auch alle anderen kommunistischen Versuche für die sogenannte Einheitsfront von unten unfruchtbar machen? Eine lange Erfahrung hat uns bewiesen, daß solche Kundgebungen in erster Linie auf die Sprengung oder Schwächung der sozialistischen Parteien hinzielen. Außerdem ist das von den Kommunisten befolgte System, sich an Einzelpersonen statt an die Parteien, an unorganisierte statt an organisierte Kräfte zu wenden, eine unsinnige Methode, die nur äußere, inhaltlose Erfolge ohne jede tiefere Nachwirkung zeitigen kann.

Ein Führer des französischen Kommunismus hat kürzlich bemerkt, daß durch die Ausschüsse für die Einheitsfront jährlich Tausende von Arbeitern wandern, von denen aber nur ein verschwindender Teil in den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen eintritt. Das System dieser Ausschüsse gegen den Krieg, gegen den Faschismus, gegen die Arbeitslosigkeit, gegen Kopfschmerzen und wie sie alle heißen, ist schließlich und endlich eine Art Prämie für die Unorganisierten. Gegenüber diesem Ausschüsse-System bleiben wir dem Prinzip der Organisationen treu. Die ernste und organische Grundlage für jede Klassenorganisation sind und bleiben die marxistischen Arbeiterparteien und Gewerkschaften, nicht die wie Pilze aufschießenden und ebenso rasch verschwindenden Ausschüsse. Gegenüber der Einheitsfront ist unsere Stellung sehr klar: wir sind für ein Uebereinkommen von Internationale zu Internationale, von Partei zu Partei, von Gewerkschaft zu Gewerkschaft. Die sogenannte Einheitsfront »von unten« ist noch ärger als ein Manöver, sie ist eine Komödie und ein reiner Zeitverlust.

Es ist recht sonderbar, daß jene Sozialisten, die mit guten und ehrlichen Absichten nach Amsterdam gingen, um der proletarischen Einheit dienlich zu sein, nicht gewahr wurden, daß — wie Genosse Zyromski richtig bemerkt — der Weg zur Einheit der Arbeiterklasse nicht über Amsterdam führt.

Wenn man von der Form zur Substanz, von dem Organisationsproblem zur Hauptsache übergeht, gelangt man zu denselben Folgerungen. In einer nach dem Amsterdamer Kongreß in Paris gehaltenen Rede sagte der Kommunist Münzenberg: »Hunderte von politischen und pazifistischen Charlatanen bieten uns wundersame Heilmittel gegen den Krieg an: der eine schlägt den Boykott gegen den Krieg vor, ohne selbst zu wissen, was das praktisch bedeutet; ein zweiter meint, man müsse den Krieg verneinen und ignorieren, vergißt aber dabei ganz einfach die Erfahrungen von 1914 und von anderen Kriegen; der dritte endlich möchte gegen den Krieg einen Volksentscheid haben. Es wäre lächerlich, sich mit diesen Vorschlägen ernsthaft abzugeben.«

Wir gehen hier mit Münzenberg vollkommen einig. Doch sieht Münzenberg dabei nicht ein, daß seine beißende Ironie eine endgültige Verurteilung des Amsterdamer Kongresses bedeutet, der ja nur ein Aeropag von repräsentativen Persönlichkeiten war.

Wenn aber dieser Kongreß einerseits zufolge seiner Organisationsfehler, die alle seine Beschlüsse entkräfteten, seinen Zweck verfehlt hat, so hat er anderseits während seiner Diskussionen Gedankenvorgänge entwickelt, die geeignet sind, schwerste Mißverhältnisse hervorzurufen.

Wir denken dabei an die Idee, oder besser gesagt, an den Mythos des *revolutionären Krieges*. Hier werden viele die Ohren spitzen. Als ein am Feuer des revolutionären Krieges schon gebranntes Kind muß ich zum Beispiel Cachin wirklich beneiden, der sein Spiel mit diesem gefährlichen Feuer wieder beginnt, wenn er auch das Problem dabei verschiebt. Im Jahre 1914 glaubten Cachin und viele andere noch bedeutendere Sozialisten an den revolutionären Krieg Frankreichs gegen die Zentralmächte, an den entscheidenden Kampf der Demokratie gegen den Absolutismus (wobei man das Bündnis des stockreaktionären Rußland mit Frankreich einfach übersah). Im Jahre 1932 ist für Cachin *nicht* Frankreich, sondern Rußland der Träger des revolutionären Krieges gegen die Reaktion. Diese These ist aber immerhin äußerst gefährlich. Sie ist gefährlich an und für sich und namentlich wegen ihrer unvermeidlichen, verhängnisvollen Abirrungen. Wenn man diese These des revolutionären Krieges aufstellt, kann niemand voraussehen, wohin dies in der heutigen, von bürgerlichen Mächten und Ideologien beherrschten Welt führen kann.

Es ist daher notwendig, diese These gründlich zu besprechen. Wenn die Kommunisten behaupten, daß ein Verteidigungskrieg Rußlands gegen den Angriff einer oder mehrerer oder aller kapitalistischen Mächte einen revolutionären Charakter hätte, so sagen sie zwar die Wahrheit, aber sie sprechen hier von einer in der heutigen zerrissenen Welt recht problematischen Möglichkeit. Wenn der Inder Walabal Patel in Amsterdam erklärt: »Ich bin zu diesem Kongreß gekommen, um hier zu bezeugen, daß die Befreiung Indiens eine der notwendigsten Vorbedingungen für die Vermeidung eines Weltkrieges ist«, und dann hinzufügt: »Ich bin überzeugt, daß es keine Friedensmöglichkeit gibt, ins solange Indien und die anderen unterdrückten Völker nicht

frei werden«, so drückt er eine berechtigte politische Forderung aus. Wenn aber darunter gemeint sein sollte, daß die Befreiung Indiens oder anderer Kolonialvölker nur durch den Krieg erreicht werden kann, wie das bei vielen Nationen — von der italienischen bis zur polnischen — der Fall gewesen ist, so entsteht die Frage, ob das Spiel den Einsatz wert ist.

Der Krieg *war einmal* revolutionär. Das ganze neunzehnte Jahrhundert ist mit revolutionären Kriegen ausgefüllt. Revolutionär waren die französischen Kriege gegen die absolutistischen Koalitionen, ja sogar die Kriege Napoleons, des »Siegers von Austerlitz«. Allmählich nehmen aber die sogenannten nationalen Kriege einen imperialistischen Charakter an, und im letzten Weltkrieg waren die imperialistischen Motive bei weitem vorherrschend. Dieser Charakter des letzten Krieges ist kein zufälliger. Bei den heutigen sozialen Verhältnissen kann ein Krieg nur imperialistisch sein. In der imperialistischen Periode des Kapitalismus (der im Inneren der Staaten die absolutistische Methode entspricht) kann der Krieg nur ein Raubzug sein, um die Vorherrschaft gewisser kapitalistischer Interessen über andere kapitalistische Interessen zu sichern. Es gibt heute weder nationale noch revolutionäre noch gerechte Kriege, auch wenn der Ausgangspunkt einen nationalen oder revolutionären Anstrich besitzt, auch wenn ein Staat seinen Krieg unter dem Deckmantel der Gerechtigkeit erscheinen läßt. *Es ist daher der Augenblick gekommen, jeden Krieg an und für sich grundsätzlich zu verneinen, sowohl als Werkzeug angeblicher nationaler als auch als Werkzeug angeblicher revolutionärer Ziele.*

Während des vorigen Jahrhunderts bis zum Ausbruch des letzten Krieges haben die Sozialisten den Krieg nicht verneint, sondern zu ihm Stellung genommen. Heute ist das nicht mehr möglich. Heute muß für die Sozialisten die Parole gelten: Wir dürfen weder Mitschuldige noch Opfer des Krieges werden, wir können nur Feinde aller Kriege sein.

* * *

Erste Frage: Wenn Rußland angegriffen wird, hat es das Recht, sich zu verteidigen? Und wie soll sich das Proletariat dazu verhalten?

Das Recht Rußlands, sich gegen einen Angriff zu verteidigen, ist selbstverständlich, ebenso selbstverständlich wie das Lebens- und Entwicklungsrecht seiner Revolution. In rein abstraktem Sinne ist das Verteidigungsrecht für jede Nation heilig und unantastbar. Wenn bei den heutigen sozialen Verhältnissen die Sozialisten nicht mehr in der Lage sind, die nationale Verteidigung als ein elementares Recht anzuerkennen, so liegt der Grund nicht darin, daß die Sozialisten die Bedeutung der national einheitlichen Staatenbildungen als Zellen der morgigen internationalen Zivilisation unterschätzen, sondern in der Tatsache, daß — solange die kapitalistische Herrschaft andauert — die nationale Verteidigung nichts anderes ist als die Widerspiegelung einer imperialistischen Rivalität, bei der den Völkern die Aufgabe überlassen wird, für das Kriegsgemetzel das Kanonenfutter abzugeben. Dort jedoch, wo das Proletariat die Macht ergriffen hat und eine wirkliche

Friedenspolitik ohne territoriale Ansprüche, ohne politische und wirtschaftliche Herrschaftsucht, ohne hegemonische Gelüste übt und im Sinne Michelets »der Welt den Frieden erklärt«, dort ist das Verteidigungsrecht undiskutierbar. Dort deckt sich die Verteidigung der Nation mit der Verteidigung der proletarischen Revolution.

Dies trifft bis zu einem gewissen Grade in Rußland zu. Niemand kann Rußland zumuten, ein Lamm in einer Welt von Wölfen zu sein.

Wie soll sich aber das Proletariat im Falle eines kapitalistischen Angriffes gegen Rußland verhalten? Diese Frage hat die Sozialistische Arbeiter-Internationale nicht nur im abstrakten Sinne, sondern im konkreten Falle eines japanischen Angriffes folgendermaßen beantwortet: »Wenn Japan trotz alledem seine Angriffsvorbereitungen und Drohungen nicht einstellen sollte, so wird die SAI. an den Internationalen Gewerkschaftsbund appellieren, um gemeinsam mit allen Mitteln sich der Herstellung und Verschiffung von Munition, Kriegsmaterial und Waren nach Japan zu widersetzen und alle Schiffe, die aus Japan eintreffen oder dorthin fahren, zu boykottieren. Die Arbeiter werden sich mit der Verteidigung der Sowjetunion solidarisch erklären, falls sie angegriffen wird. Sie werden das Attentat auf den Frieden anprangern. Sie werden jedem Uebergreifen des Krieges auf andere Länder entgegentreten, ebenso wie sie sich jedem Versuch widersetzen werden, andere Länder in den Krieg gegen Sowjetrußland einzubeziehen. Falls Sowjetrußland gezwungen sein sollte, sich gegen einen Angriff zu verteidigen, rechnet die SAI. darauf, daß alle ihr angeschlossenen Parteien, die ihre Tätigkeit innerhalb der Grenzen der Sowjetunion entfalten, sich nach den in der Berliner Resolution vom Mai 1930 gegebenen Richtlinien verhalten und sich allen separatistischen und aufrührerischen Handlungen widersetzen, die zur Lähmung der Verteidigung Sowjetrußlands gegen den japanischen Angriff führen müßten.« Die SAI. stellt weiter fest, daß die Verteidigung Sowjetrußlands desto mehr gesichert sein wird, je mehr die Sowjetregierung allen sozialistischen Kräften Rußlands ermöglichen wird, an der Verteidigung der russischen Revolution tätig teilzunehmen.

Alle Verleumdungen und Entstellungen der Kommunisten können die Klarheit und Bestimmtheit dieses Entschlusses nicht aus der Welt schaffen, da er in unzweideutiger Weise unsere Stellungnahme Sowjetrußland gegenüber ausdrückt.

Die Kommunisten gehen von der unumstößlichen Annahme aus, daß der morgige Krieg auf der einen Seite Sowjetrußland und auf der anderen Seite die Gesamtheit der kapitalistischen Staaten finden wird. Gegen diese These steht die heutige Wirklichkeit, wie sie sich vor unseren Augen abrollt. Die kapitalistische Welt war nie so sehr wie heute von gewaltigen Gegensätzen zerrissen. Auch Sowjetrußland gegenüber kann sie sich zu keiner Einheitsfront zusammenschließen. Sobald sich zum Beispiel in Japan die antirussische Politik zuspitzt, macht sich in den USA. die der Anerkennung Sowjetrußlands und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Rußland günstige Strömung geltend. Wenn man die Möglichkeit eines neuen Weltkrieges annimmt

— und bei der heutigen politischen Weltlage ist diese Annahme leider berechtigt, wenn auch der Ausbruch des Krieges nicht als unmittelbar bevorstehend gilt —, wird dieser Weltkrieg wieder den Charakter eines Zusammenstoßes zwischen feindlichen Imperialismen haben. In diesem Falle wird die Situation äußerst verwickelt sein und niemand kann im vornherein ausschließen, daß die sowjetrussischen Interessen mit jenen kapitalistischer Mächte zusammengehen, die — wie das faschistische Italien oder das militaristische Deutschland — an der Spitze der Reaktion stehen. Demzufolge wird sich bei solcher Sachlage für das Proletariat die Richtlinie ergeben: Kampf gegen den eigenen kapitalistischen Staat und gegen den Krieg an und für sich, ohne Rücksicht auf die gelegentlichen Gründe, mit denen man ihn rechtfertigen möchte.

* * *

Zweite Frage: Muß die Welt innerhalb der jetzigen »verbrecherischen Grenzen« ersticken, um eine Aenderung der durch Waffengewalt geschaffenen Lage durch neue Waffengewalt zu verhindern?

Schon seit 1919 erheben die Sozialisten ihre Anklage gegen die Ungerechtigkeiten der Friedensverträge. Auch in jenen Ländern, wo sie die Erfüllungspolitik geübt haben, wie in Deutschland, haben sie es mit der ausdrücklichen Erklärung getan, daß sie das Unrecht dulden, um durch die Erfüllung der Verträge deren Absurdität nachzuweisen. Nie haben aber die Sozialisten auch das geringste Zugeständnis jenen Strömungen gemacht, die mit einem neuen Kriege die Friedensverträge von 1919 bis 1920 gewaltsam abändern wollen.

Der grundsätzliche Unterschied zwischen der von den Sozialisten und von den Faschisten aufgestellten Forderung der Revision der Friedensverträge ist der, daß *wir* dieses Ziel durch ein freies Uebereinkommen zwischen den Völkern erreichen wollen, während bei den Faschisten neue Kriege entscheiden sollen. Die ganze faschistische Ideologie des revolutionären Krieges ist eng verbunden mit dem »Rechte«, das gewisse Völker hätten, mit Waffen das zu vernichten, was Waffen geschaffen haben. Dieser These gegenüber halten wir an unserer These der Verneinung des Krieges an und für sich fest. Ein neuer Krieg würde die Ungerechtigkeiten der Friedensverträge nicht auslöschen, sondern diese Ungerechtigkeiten nur anders verteilen. Wir dagegen wollen die Ungerechtigkeiten der Friedensverträge nicht durch neue Kriege, sondern durch die Zusammenarbeit der Völker abschaffen.

* * *

Dritte Frage: Sollen sich die Kolonialvölker in ihr Schicksal ergeben?

Nein, das sollen sie nicht tun. Ihre Befreiung ist schon im Gange. Sie ganz zu erreichen, ist nur eine Frage der Zeit. Der Kapitalismus selbst trägt dazu bei, indem er die Kolonien industrialisiert, das intellektuelle Niveau der farbigen Rassen hebt, um ihre Anpassung an die modernen Produktionsmethoden zu ermöglichen und um sie bis zu einem gewissen Grade am Leben des Mutterlandes teilnehmen zu lassen. So werden unwiderstehlich die historischen Be-

dingungen für das Erwachen jener Kontinente geschaffen, die für lange Zeit als eine gefügige und unterwürfige Beute des Kapitalismus betrachtet werden. Die endgültige Befreiung der Kolonialvölker hat eine höhere soziale Zivilisation derselben zur Voraussetzung. Ein Krieg würde die Ausbeutung der Kolonien von dieser zu jener kapitalistischen Macht verschieben, keinesfalls aber die Befreiung der unterjochten Völker zur Folge haben. Das Kolonialproblem ist daher ein Problem der Zivilisation und der Freiheit. Im Rahmen einer vom Kapitalismus befreiten Gesellschaft kann dieses Problem leicht eine Lösung finden. Im Rahmen der heutigen Wirtschaftsordnung ist dagegen diese Lösung sehr schwer und unter keinen Umständen durch einen Krieg zu erreichen. Förderung der Freiheitsbestrebungen der Kolonialvölker bedeutet daher Unterstützung derselben zwecks Erreichung ihrer politischen Souveränitätsrechte, besserer Arbeitsbedingungen und der Selbstverwaltung als Voraussetzungen für ihre endgültige Befreiung vom fremden, kapitalistischen Joche. *Diese sozialen und politischen Kämpfe sind Aufgabe der Sozialisten* unter Ausschluß jedes kriegsrischen Lösungsversuches, von dem wir nichts zu erwarten haben.

Als Schlußfolgerung unserer heutigen Betrachtungen ergibt sich daher: Verneinung aller, auch der sogenannten revolutionären Kriege. Krieg dem Kriege! muß die Parole des Proletariates sein und bleiben. Die Illusion, daß die proletarische Mitwirkung am Kriege revolutionäre Auswirkungen haben könnte, muß endgültig bekämpft und erledigt werden.

Bei der gegenwärtigen Phase des Kapitalismus ist die einzige echt revolutionäre und sozialistische Stellungnahme gegenüber dem Kriege in dem Losungsworte gegeben: Verneinung des Krieges, offener, entschiedener Kampf gegen den Krieg, Auflehnung gegen alle Kriege ohne jede Ausnahme.

Das Doppelverdienertum

Von E m m y M o o r.

Unter dem Druck der allgemeinen Wirtschaftsnot, im Gefolge der Massenarbeitslosigkeit und des Massenelends ist der Kampf gegen das sogenannte Doppelverdienertum von Ehegatten, der Kampf gegen die Arbeit der verheirateten Frau, und letzten Endes gegen die Frauenarbeit überhaupt, zur großen Streitfrage unter den »Notstandsmaßnahmen« gegen Krise und Arbeitslosigkeit geworden.

Im Ausland ist dieser Kampf da und dort bereits zu gewissen gesetzlichen Zwangsmaßnahmen gediehen. Bei uns in der Schweiz ist es noch nicht so weit. Ein Vorstoß der Freisinnigen in der Stadt Bern, der vorerst gegen die verheirateten Lehrerinnen gerichtet war, hat einstweilen nur zu einer blamablen Komödie geführt, da vorgängig allen Beschlüssen erst noch die Gattinnen einiger freisinniger Lokalgrößen als Lehrerinnen versorgt werden mußten, so daß die famose Motion nun seit Monaten hoffnungslos dahinsiecht.